



8. Oktober 2018      Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

*Jürgen Jeske*

Zurück zu Maß und Mitte

**Angesichts der derzeitigen gesellschaftlichen Verwerfungen lohnt der Blick in die Bücher des ordoliberalen Ökonomen und Gesellschaftsphilosophen Wilhelm Röpke, so Jürgen Jeske in seinem**

### **Beitrag. Röpkes Grundüberzeugungen seien verblüffend aktuell.**

Die CDU, die in den Anfangsjahren der Bundesrepublik ihre größten Wahlerfolge mit Ludwig Erhards Wirtschaftspolitik erzielte, will programmatisch wieder mehr Marktwirtschaft. So weit, so gut. Nach den Worten von Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer soll das „bisherige Konzept“ unter veränderten Bedingungen schärfer gefasst werden. Ein „bisheriges Konzept“ ist freilich in dem großkoalitionären Hin und Her kaum auszumachen. Mehr noch: Trotz der orientierungslosen Politik boomt die deutsche Wirtschaft wie schon lange nicht mehr. Es besteht kaum noch Angst vor einer Verschlechterung der Wirtschaftslage. Die Sozialleistungen haben Höchststände erreicht, die Arbeitslosigkeit Tiefststände.

Dennoch hat sich gesellschaftliche Unzufriedenheit ausgebreitet. Traditionelle Bindungen, wie sie früher durch Familie, Schule oder Kirche bestanden, haben sich gelöst. Immer weniger Menschen trauen den etablierten Parteien und den demokratischen Institutionen Lösungen zu. Natürlich gibt es wie zu allen Zeiten noch Probleme: die unbewältigte Migrationsfrage, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Ballungszentren, der Pflegenotstand oder Sorgen vor sozialem Abstieg und Altersarmut. Doch statt im gesellschaftlichen Konsens Lösungen voranzutreiben, wird protestiert und demonstriert. Demokratisch gefasste Beschlüsse werden im Nachhinein infrage gestellt. Dass in anderen westlichen Ländern ähnliche Entwicklungen stattfinden, kann kein Trost sein.

Der Publizist Dolf Sternberger sprach schon vor vielen Jahren von einer „Demonstrations-Demokratie“. Populismus, nicht zuletzt befördert durch die Kommunikationsmöglichkeiten der sogenannten sozialen Medien, scheint das Gebot der Stunde. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier spricht von einem „täglichen Feuerwerk von Beschimpfungen und Beleidigungen“. Rechte populistische Parteien sind im Aufwind. Auch solchem „Sozialpopulismus“ will die CDU nun mit ihrem neuen Programm entgegentreten.

### **Widerstand gegen alles Extreme und Maßlose**

Angesichts dieser gesellschaftlichen Verwerfungen lohnt der Blick in die Bücher des großen ordoliberalen Ökonomen und Gesellschaftsphilosophen Wilhelm Röpke. Gewiss, er ist schon rund ein halbes Jahrhundert tot. Vieles, was er schrieb, ist zeitbedingt. Manches erscheint heute sogar weltfremd und utopisch. Doch seine Grundüberzeugungen sind verblüffend aktuell. Röpke, der in der Nazizeit zunächst in die Türkei und dann in die Schweiz emigrierte, war Berater und Freund Erhards und hat wie kein anderer die ordnungspolitischen Weichenstellungen der jungen Bundesrepublik publizistisch unterstützt.

Röpke kämpfte für Marktwirtschaft, Freihandel, sprich Globalisierung, Föderalismus und Dezentralisierung. Eine marktwirtschaftliche Ordnung war für Röpke wie für Erhard aber zugleich ein Gesellschaftsentwurf oder, wie er in einem Vortrag sagte: „Marktwirtschaft ist eine notwendige, aber keine ausreichende Bedingung einer freien, glücklichen, wohlhabenden, gerechten und geordneten Gesellschaft.“ Er dachte marktwirtschaftliche Freiheit und konservative Wertvorstellungen zusammen. Er attackierte einen „moralisch abgestumpften Ökonomismus“, wie er zuletzt wieder in der Bankenkrise zutage getreten ist, ebenso wie den „nationalökonomisch ahnungslosen

Moralismus“, der sich auch heute wieder zeigt und die latent vorhandene Wirtschaftsfeindlichkeit befeuert.

Natürlich sind Röpkes Überlegungen entstanden vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit der dreißiger und vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts – für uns weit entfernt. Große Sympathien hegte er für die Verhältnisse und Traditionen der kleinteiligen Schweiz. Als Grundproblem sah Röpke die Entartung der Gesellschaft zur Massengesellschaft an. So entstand sein Reformmanifest „Civitas humana“. Als Utopie einer menschengemäßen Gesellschaft habe dieses Idealbild auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts nur wenig von seiner Orientierungskraft verloren, schreibt sein Biograph Hans Jörg Henneke. Röpkes Entwurf einer menschengemäßen Gesellschaftsordnung sollte die Widerstandskräfte gegen alles Extreme, Maßlose, Absolute, Intolerante stärken. Das wäre auch heute wieder notwendig. Es fehlt mehr und mehr an „Maß und Mitte“, wie ein weiteres Buch von Röpke hieß, beim Staat ebenso wie in der Zivilgesellschaft. Der frühere Chefdenker der CDU Kurt Biedenkopf beklagte vor Jahren die „Entgrenzung“, wie er es nannte.

## Bröckelnde Wertvorstellungen

Wer aus Röpkes Werk freilich den Schluss zieht, seine Ausführungen bestätigten und untermauerten doch nur die heutigen Aktionen gegen Ökonomisierung, Neoliberalismus und soziale Ungerechtigkeit, der irrt. Marktwirtschaft blieb sein Credo. Er sagte: „Die Marktwirtschaft ist die nach unserer sorgfältig begründeten Meinung die allein mögliche und taugliche Antwort auf die Frage, wie das Wirtschaftsleben einer hoch entwickelten Industriegesellschaft so geordnet werden soll, dass Freiheit, höchste Ergiebigkeit, gerechtes Verhältnis von Leistung und Gegenleistung, wirtschaftlich vernünftige und harmonische Entfaltung aller Kräfte und internationale Gemeinschaft gewährleistet sind, aber sie bedarf wie alle guten Dinge der Bedingungen, Voraussetzungen und Begrenzungen, die sie vor dem Untergang in Unbedingtheit und Maßlosigkeit bewahren.“ Marktwirtschaft setzt nach seinen Vorstellungen „die grundsätzliche Freiheit“ von Preisen und Wettbewerb sowie Privateigentum voraus.

Privateigentum war für Röpke eine Chiffre für das Bürgerliche, für persönliche Unabhängigkeit, für Eigenverantwortung, die in Unternehmen auch Eigentümerhaftung bedeutet, Verbundenheit der Generationen, für die Unantastbarkeit des Geldes. Doch alle diese Wertvorstellungen bröckeln seit Jahrzehnten im Zuge einer offenbar unaufhaltsamen Entwicklung zur Massengesellschaft, zum totalen Wohlfahrtsstaat, zum Staatsinterventionismus.

Röpkes Plädoyer für eine menschengemäße Ordnung ist auch nicht zu verstehen als Freibrief für maßlose Sozialpolitik. Im Gegenteil: Er billigte zwar den Begriff Soziale Marktwirtschaft „in einem vernünftigen Sinn“, kämpfte jedoch engagiert gegen den Ausbau des Wohlfahrtsstaates. Schon bei der Rentenreform von 1957 empfahl er statt der von dem damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer schließlich durchgesetzten Umlagefinanzierung ein kapitalgedecktes System.

## Scheiternde Demokratie?

In seinem Buch „Jenseits von Angebot und Nachfrage“ schreibt Röpke: „Ist es etwa ein Fortschritt, wenn wir den Kreis der als wirtschaftlich unmündig zu Behandelnden und daher vom Kolossalvormund Staat zu Betreuenden immer weiter ziehen?“ Angesichts des erreichten Wohlstandsniveaus sollten vielmehr Eigenvorsorge und solidarische Gruppenvorsorge erweitert werden. Erhard sagte dazu später in einem Vortrag: „Der Versuch, durch immer umfassenderes Eingreifen des Staates oder von Kollektivgebilden das gesellschaftswirtschaftliche und soziale Leben bis zum Ausgleich auch der kleinsten ‚Ungerechtigkeiten‘ perfektionieren zu wollen, führt nur zu leicht von einer natürlichen Ordnung fort.“ Genau auf diesem Irrweg schreiten wir jedoch unter zunehmender Beteiligung der CDU voran. Wird dem die Generalsekretärin mit ihrem Programm Einhalt gebieten können und wollen?

Es lohnt sich also, bei Röpke nachzuschlagen, auch wenn seine Werke ebenso wie Erhards Hinterlassenschaft keine Blaupausen für heute sein können. Röpke wollte der Orientierungslosigkeit und Maßlosigkeit der Gesellschaft eine „natürliche Ordnung“ von Maß und Mitte entgegensetzen. Die fragwürdigen Dinge dieser Welt gingen an ihrer eigenen Natur zugrunde, hat er formuliert, die guten jedoch an ihren Übertreibungen. So könne Konservatismus im Extrem zu unerträglicher Erstarrung führen, die liberale Vorliebe für Fortschritt und fortgesetztes Kräfteressen ohne Achtung vor dem Bewährten aber zur Zerstörung. Übertriebene Ansprüche der Gemeinschaft im Kollektivismus seien genauso zu fürchten wie übertriebene Rechte des Einzelnen im Individualismus. Demokratie scheitere an Massenherrschaft, Willkür und Demagogie. Da Zukunft nicht vorherbestimmt ist, sondern von uns allen mitgestaltet wird, haben wir die Wahl, wohin der Weg führen soll.

*Jürgen Jeske, bis 2002 Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, erhielt 1994 den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik. Seit 1997 ist er Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung. Sein Artikel ist zuerst am 10. Oktober 2018 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienen (© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv)*